A Festsetzungen durch Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans

WA — Allgemeines Wohngebiet gem.§ 9 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO; nicht zulässig sind Anlagen für Kleintierhaltung

II — Zahl der Geschosse: 2 Geschosse als Höchstgrenze

GRZ 0,30 — zulässige Grundflächenzahl bezogen auf das Baugrundstück, nach Maßgabe des § 19 BauNVO. Die Überschreitung der Grundflächen durch die in § 19 (4) Satz 1 und 3 BauNVO bezeichneten Anlagen ist bis zu einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,40 zulässig,

o — Offene Bauweise gem. § 22 (2) BauNVO

Baugrenze;
Nebenanlagen mit einer Gesamthöhe über 1,30 m sind außerhalb der Baugrenzen nur auf dem der Erschließungsstraße abgewandten Teil des Grundstückes und außerhalb der festgesetzen Fläche der Ortsrandeingrünung zulässig.

Ga — Umgrenzung von Flächen für Garagen;
Garagen, auch grenzangebaute Garagen sind sonst nur innerhalb der Baugrenzen zulässig, giebelständiger Grenzanbau maximal 6,50 m, ansonsten gem. BayBO Art. 6 Abs. (9) Ziffer 1.

E — nur Einzelhaus mit maximal 1 Wohneinheit zulässig;

+ 413,50 — Festgesetzte OK Rohfußboden im EG mit Angabe in Metern über NN, z.B. 413,50, Abweichungen bis 0,30 m nach unten sind zulässig

410 — geplante Geländehöhe als Höhenlinie mit Angabe in Meter über NN (zB 410) geringfügige Abweichungen bis maximal 0,5 m sind zulässig, dies gilt auch für Terrassen.

Umgrenzung für Flächen zur Ableitung und Versickerung von Niederschlagswasser = Sickermulden. Die Mulden und ihre Ränder sind mit weichen Übergängen naturnah zu gestalten.

festgesetzte Firstrichtung

Straßenbegrenzungslinie

Grundstücks-/Garagenzufahrt

Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
Ausgleichsfläche

V — Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung:
Verkehrsberuhigter Bereich

F+R — öffentliche Verkehrsfläche mit Angabe der Nutzung
z.B. F+R: Fuß- und Radweg

Standort für Abfallbehälter
zur Abholung

Baum mit Lagefestsetzung
Abweichungen bis 2 m sind zulässig

vorgeschlagene Standorte von Bäumen ohne Lagefestsetzung, vorgeschlagener Pflanzabstand Streuobstwiese 10 x 10 m, zu pflanzende Sorten siehe Pflanzenliste

Ortsrandeingrünung offene Pflanzung mit Wildsträuchern und Bäumen mit Angabe der Mindestbreite in Metern

öffentliche Grünfläche:
Straßenbegleitgrün und Sickerfläche

Ausgleichsfläche als private Grünfläche:
Ortsrandeingrünung als extensiv genutzte Streuobstwiese;
Ausführung, Entwicklung und Pflege gem. dem "Entwicklungskonzept Ausgleichsfläche" Umweltbericht Seite 14

B Festsetzungen durch Text

Hausformen: einfache, rechteckige Baukörper, Gebäudelänge in Firstrichtung min. 20% länger als die Gebäudebreite

Dachformen: Satteldächer und ausnahmsweise auf Parz. 15 und 16 versetzte Pultdächer

Dacheinschnitte: nicht zulässig

Dachaufbauten- und Fenster: sind nur bei eingeschossiger Bauweise (I+D) zulässig, Zwerchgiebel und Zwerchhäuser bis zu maximal 1/3 der Gebäudelänge je Dachseite; Dachgauben je 5 m Dachlänge 1 St., max. Breite 1,50 m.

Dachdeckung: nur naturziegelrote oder anthrazitfarbige ebenflächige oder verformte Schuppen (Ziegel, Betondachsteine)

Dachneigung: Bei eingeschossiger Bauweise (I+D):
Dachneigung DN von 37° bis 43°,
auf der Parzelle Nr. 16
ausnahmsweise DN von 20° bis 27°.
Bei zweigeschossiger Bauweise (II):
Dachneigung DN von 12° bis 27°.

Wandhöhe: Bei eingeschossiger Bauweise (I+D):
WH maximal zulässig 3,90 m von Oberkante Rohdecke über KG bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut.
Bei zweigeschossiger Bauweise (II):
WH maximal zulässig 5,90 m von Oberkante Rohdecke über KG bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut.

Wandflächen: Aussenwände nur als hell oder pastellfarben gestrichene Putzfassaden oder Wandverkleidungen aus Holz

Garagen: gleiche Dachneigung und Dachdeckung wie das Hauptgebäude bei offenen Carports sind ausnahmsweise flachgeneigte Dächer bis 5° Neigung zulässig,
auf Parzellen Nr. 15 und 16 ausnahmsweise Flachdächer (FD).
Grenzangebaute Garagen nur profilgleich aneinandergebaut.

G Geländeschnitte M 1/200

Geländeschnitt A-A M 1/200

Geländeschnitt B-B M 1/200

Geländeanglechung, Abgrabungen bzw Auffüllungen: sind in Bezug zur der mit Planzeichen Höhenlinien festgesetzten Geländehöhe bis 0,5 m abweichend zulässig, Böschungen sind mit maximaler Neigung von 1:3 auszuführen, alle Geländeveränderungen müssen i m vor der Grundstücksgrenze auf das natürliche Gelände auslaufen. Stützmauern sind nur im Bereich der Garagenzufahrten bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.

Gärtnerische Gestaltung: Alle nicht bebauten bzw befestigten Flächen der Grundstücke sind gärtnerisch zu gestalten und landschaftsgerecht mit heimischen Bäumen und Sträuchern nach Gehölzauswahlliste zu bepflanzen. Je angefangene 250 m2 Grundstücksfläche ist 1 Stück Laubbaum zu pflanzen, mit Planzeichen festgesetzte Bäume sind anrechenbar.

Pflanzplan: Für die Bepflanzung der Grundstücke zum Ortsrand ist mit den Bauvorlagen ein qualifizierter Pflanzplan vorzulegen.

Auswahlliste Bepflanzung:

Bäume:

Acer platanoides	-Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	-Bergahorn
Tilia cordata	-Winterlinde
Fagus sylvatica	-Rotbuche
Quercus robur	-Stieleiche
Acer campestre	-Feldahorn
Carpinus betulus	-Hainbuche
Prunus avium	-Vogelkirsche
Sorbus aucuparia	-Eberesche

Obstbäume Streuobstwiese:

Apfel	-Fromms Goldrenette
Apfel	-Jakob Fischer
Apfel	-Jakob Lebel
Apfel	-Prinz Albrecht von Preußen
Apfel	-Roter Boskoop
Birne	-Gute Graue
Birne	-Josefine von Mecheln
Birne	-Madame Verte
Kirsche	-Burlat
Kirsche	-Große Schwarze Knorpelkirsche
Kirsche	-Ludwigs Frühe
Kirsche	-Morellenfeuer

Sträucher und Hecken*:

Carpinus betulus*	-Hainbuche
Cornus mas	-Kornelkirsche
Cornus sanguinea	-Hartriegel
Corylus avellana	-Haselnuß
Euonymus europaeus	-Pfaffenhütchen
Ligustrum vulgare*	-Liguster
Lonicera xylosteum	-Heckenkirsche
Prunus spinosa	-Schlehe
Rhamnus catharticus	-Kreuzdorn
Rosa canina	-Hundsrose
Sambucus nigra	-Holler
Viburnum opulus	-Gem. Schneeball

C1 Hinweise durch Planzeichen

Grundstücksgrenze (aufzuheben) mit Grenzzeichen des Vermessungsamtes

107/20 — Flurstücknummer z.B. 107/20

bestehende bauliche Anlagen

vorgeschlagene Grundstücksteilung

3 / 610 m2 — Bauparzellennummer mit Angabe der Grundstücksgröße gem. Parzellierungsplan z.B. Nr. 3 / 610 m2

vorgeschlagene Form der Baukörper

Abwasser — Unterirdische Hauptversorgungsleitung mit Angabe der Leitungsart (zB Abwasserkanal)

C2 Hinweise durch Text

Baugrund: Der Baugrund besteht gemäß den Baugrunduntersuchungen Nr. 08 1038 vom 22.02.2008 und Nr. 09 1170 vom 16.10.2009, Büro für Ingenieurgeologie, Dr. R. Stadler, Petershausen aus Sand, schluffigem Sand und Schluff des Tertiärs. Versickerungsfähige Schichten wurden erst ab einer Tiefe von 0,50 bis 2,00 m unter Geländeoberkante angetroffen. Ab einer Tiefe über 4,00 m stehen bereichsweise wasserundurchlässige Schichten an. Grundwasser ist bei den Aufschlußbohrungen bis 5,00 m unter Geländeoberkante nicht angetroffen worden.

Niederschlags-wasser: Für die Versickerung von anfallendem Niederschlagswasser ist die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung - NWFreiV in Verbindung mit den hierzu eingeführten Technischen Regeln - Technische Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENGW) und das Arbeitsblatt DWA A-138 (Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser) in der jeweils akutellen Version, zu beachten. Der Nachweis der Versickerung ist mit den Bauvorlagen vorzulegen. Die Versickerungsfläche muss mindestens 1/15 der angeschlossenen befestigten Fläche betragen. Der Bemessungswert kf für die Versickerungsfähigkeit wird vom Gutachter mit maximal 2,2 bis 2,5 x 10-4 m/s angegeben. Aufgrund der Bodenbeschaffenheit ist bereichsweise eine flächenhafte Versickerung über Mulden mit einer geeigneten bewachsenen Oberbodenschicht nicht möglich. Für andere Versickerungsarten ist grundsätzlich eine Vorreinigung (Absetzschacht, Absetzteich etc.) erforderlich. Der in DWA A-138 genannte Mindestabstand der Versickerungsanlagen zu Gebäuden ist einzuhalten.

Regenerative Energieformen: Die Nutzung regenerativer Energieformen zur Versorgung der Wohngebäude wird vom Markt Hohenwart ausdrücklich befürwortet. Die festgesetzen Dachformen und die Orientierung der Dachflächen bieten für Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen geeignete Voraussetzungen.

Ver- und Entsor-gungsleitungen: Die Einzelheiten der technischen Erschließung sind vor Beginn der Erschließungsplanung mit den zuständigen Versorgungsträgern abzustimmen.

Bodendenkmäler: Sofern bei der Verwirklichung der Bauvorhaben Bodendenkmäler zutage kommen, sind diese gem. Art. 8 DSchG unverzüglich dem Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Dienststelle Ingolstadt, Unterer Graben 37, 85049 Ingolstadt, anzuzeigen.

Planzeichnung: Die Planzeichnung wurde auf Grundlage der digitalen Flurkarte (DFK) des Vermessungsamtes Pfaffenhofen, Stand April 2007, gefertigt.

Geländehöhen Straßenhöhen: Bestandshöhen nach digitaler Geländeaufnahme, WipflerPlan GmbH, Pfaffenhofen, 18. Januar 2008,
Straßenhöhen gem. Entwurfsplanung WipflerPlan GmbH, 11.11.2010

D Planzeichnung M 1/1000

auf Grundlage der Basisdaten der Bay. Vermessungsverwaltung

Planbezeichnung:

Markt Hohenwart, Gemarkung Klosterberg
Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm

Bebauungsplan Nr. 43
"Klosterberg - Nordwest II"
2. Änderung

Der Markt Hohenwart erläßt aufgrund

des Baugesetzbuches (BauGB),
der Baunutzungsverordnung (BauNVO),
der Planzeichenverordnung (PlanzV).
der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung diesen Bebauungsplan als

S a t z u n g

Der Bebauungsplan besteht aus dieser Planzeichnung,
dem Umweltbericht in der Fassung vom 22.02.2010 und
der Begründung in der Fassung vom 15.02.2010,
der Begründung zur 1. Änderung vom 05.07.2013 und
der Begründung zur 2. Änderung vom 15.12.2014

Planfertiger:

B+B Architekten
Gerhard Breu
Unterer Markt 18, 86558 Hohenwart
telefon 08443 8488

Datum:

Entwurf 01.10.2014
Planfassung 15.12.2014

E Verfahrensvermerke

1. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 15.09.2014 gemäß § 2 Abs. 2 BauGB die Änderung des Bebauungsplanes beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss wurde am 29.10.2014 ortsüblich bekannt gemacht.

2. Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 01.10.2014 wurden die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.2 i.V.m § 13 BauGB in der Zeit vom 05.11.2014 bis 05.12.2014 beteiligt.

3. Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 01.10.2014 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs.2 BauGB i.V.m § 13 BauGB in der Zeit vom 05.11.2014 bis 05.12.2014 öffentlich ausgelegt.

4. Der Markt Hohenwart hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 15.12.2014 den Bebauungsplan nach § 10 BauGB in der Fassung vom 15.12.2014 als Satzung beschlossen.

Hohenwart, den 30.12.14

Russer 1.Bürgermeister

5. Ausgefertigt
Hohenwart, den 30.12.14

Russer 1.Bürgermeister